

21. Mai 1975

Schriftliche Beantwortung (S-Geschäft)
(Nr.75.326) Motion Schwarzenbach vom 3. März 1975 betreffend
Kündigung des Freihandelsabkommens

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 16. Mai 1975

Gestützt auf den Antrag und aufgrund der Beratung hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

Die Antwort auf die Motion Schwarzenbach wird, mit einer Aenderung, genehmigt (s. Beilage).

An den Nationalrat

Protokollauszug an:

- EVD 12 (GS 5, HA 7) zur Kenntnis
- EPD 6 zur Kenntnis
- FZD 9 " "
- BK 4 (Hb, Br, Sa, AS) zur Kenntnis

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

SCHWARZENBACH

75326 Motion Schwarzenbach vom 3. März 1975

Freihandelsabkommen, Kündigung

Der Bundesrat wird ersucht, das Abkommen vom 22. Juli 1972 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Europäischen Gemeinschaften gestützt auf Artikel 34 dieses Abkommens, unter Einhaltung der 12-monatigen Kündigungsfrist, zu kündigen.

Mitunterzeichner: Graf, König-Bern, Fischer-Bremgarten.

Begründung

Die Botschaft des Bundesrates über "Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes" führt auf Seite 2, Kap. 1, an erster Stelle die Verschlechterung der Haushaltlage des Bundes auf folgenden Faktor zurück:

"1. Die rückläufige Bedeutung der Zölle als Einnahmequelle des Bundes, da als Folge der Freihandelsvereinbarung bis zum 1. Juli 1977 die Industriezölle im europäischen Raum weitgehend beseitigt werden und im übrigen das Gewichtszollsystem mit zunehmender Teuerung keine Einnahmenerhöhungen bringt."

Seite 3 unten:

"Bei der Einnahmenentwicklung des Bundes ist ferner eine grundlegende Veränderung im Gange, indem die Zölle, die in der Vergangenheit eine der wichtigsten und mit wachsendem Aussenhandelsvolumen jährlich zunehmende Fiskalquelle darstellten, fortschreitend an Bedeutung verlieren."

Seite 4:

"Im Jahre 1975 dürften die Zollausfälle unter allen Titeln, die aus verschiedenen Gründen zwar nicht genau ermittelbar sind, trotzdem bereits in der Grössenordnung von einer Milliarde liegen."

Seite 19, Kapitel 42, Einleitung:

"Insbesondere angesichts der eintretenden Verluste an Zöllen, die für 1975 auf 1,1 Milliarden Franken geschätzt werden können, erscheint es nach wie vor als unumgänglich, in erster Linie die Warenumsatzsteuer zu erhöhen."

Die Botschaft des Bundesrates weist in Uebereinstimmung mit mündlichen Aussagen von Herrn Bundesrat Chevallaz darauf hin, dass die Zollausfälle einen hauptsächlichlichen Anteil am Loch im Bundeshaushalt haben. Und zwar einen wesentlich gravierenderen, als man 1972 in der Euphorie des ständigen Wirtschaftswachstums prognostizierte. Die optimistische Rechnung unserer Konjunkturpropheten, die jetzt so schweigsam geworden sind, ist nicht aufgegangen. Seit der durch die Währungsschwierigkeiten verschärften Oelkrise geht die Rechnung nicht mehr auf, dass erleichterte Exporte die hohen Zollausfälle mindestens teilweise kompensieren werden. Am 6. August 1972 schrieb Nationalrat Chevallaz in seiner ständigen Rubrik in "24 heures": "Les conditions du libre-échange industriel seront favorables à l'ensemble de notre économie".

Im Juli 1972 hatte eine vierköpfige Arbeitsgruppe im Auftrag der EWG-Kommission ein 1000 Seiten umfassendes Gutachten über die "Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Gemeinschaft" veröffentlicht. Präsident dieser Kommission war Pierre Uri. Ihr gehörten ferner an: Franco Bobba (früher Leiter der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der EWG-Kommission), J.W. de Pous (Vorsitzender des Wirtschafts- und Sozialrates der Niederlande) und Wolfram Lange (Präsident der deutschen Pfandbriefanstalt und früherer Staatssekretär im deutschen Bundeswirtschaftsministerium). Zu welchem Schluss kamen diese Experten?

"Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist ein kostspieliges Hobby. Es wird von den Konsumenten zwischen Kiel und Cagliari finanziert, ohne ihnen überzeugend zu nutzen."

Was hat das Freihandelsabkommen den schweizerischen Konsumenten bis heute genutzt? Sind die importierten Konsumgüter durch die Zollsenkungen etwa billiger geworden? Der Index ist ständig gestiegen. Beschönigend hat der Bundesrat erklärt: Unsere Prognose war richtig. Die Oelkrise konnten wir nicht einkalkulieren. Ohne Freihandelsabkommen läge der Index heute noch höher.

Das ist ein Streit um des Kaisers Bart. Niemand kann abstreiten, dass fortan in erster Linie der Konsument die Zeche für die Zollauffälle bezahlen muss. Die ausfallenden Zölle müssen durch Erhöhung der WUST und Einführung einer Mehrwertsteuer kompensiert werden. Die Belastung des Bürgers durch das Freihandelsabkommen wird um so drückender, als die gesamteuropäische Wirtschaft stagniert oder rückläufig ist und die ständige Aufwertung des Schweizerfrankens unsere Exporte erschwert.

Das seinerzeit vom Bundesrat geförderte "Aktionskomitee für das Freihandelsabkommen Schweiz-EWG" hat im Herbst 1972 eine Werbeschrift publiziert. Darin findet sich ein Kapitel: "Kündigungsklausel - aber nur in Notfällen". Das deckte sich mit der Einstellung des Bundesrates, der das Abkommen als theoretisch kündbar, in Tat und Wahrheit aber als irreversibel bezeichnete.

- 3 -

Zu der trotz allem bestehenden Kündigungsmöglichkeit schrieben die Freihandels-Propagandisten folgendes:

"Der Freihandelsvertrag enthält, wie die EFTA, eine Kündigungsklausel. Diese gilt jedoch praktisch nur für Notfälle (Krieg und Krisen). In einem solchen Fall kann jeder Partner das Abkommen auf zwölf Monate kündigen."

"Man sollte sich über die Bedeutung dieser Bestimmung keine Illusionen machen: sie gilt wirklich nur für Zeiten der Not. Praktisch wird nämlich durch die Herstellung des freien Handels zwischen der Schweiz und der EWG eine dauerhafte Bindung geschaffen, die nur in Zeiten der Not gelöst werden kann."

Wenn heute noch kein Grund besteht, um in der Schweiz von Krise und Not zu reden, so besteht bei einiger Voraussicht doch die Wahrscheinlichkeit, dass sich unsere wirtschaftliche Situation innerhalb der 12-monatigen Kündigungsfrist zum Schlechteren wendet. Das gleiche gilt für die EWG-Mitgliedstaaten, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Sicht. Die Zukunft der EWG ist heute ernstlich in Frage gestellt. Grossbritannien steht vor der Frage der zukünftigen Partnerschaft und wird erstmals in seiner Geschichte ein Referendum über Verbleib oder Nicht-Verbleib bei der EWG durchführen. Welch erbärmliches Schauspiel haben die Brüsseler Partner beim Ausbruch der Oelkrise geboten, wie egoistisch wurde mit dem Israel-freundlichen Partner Holland umgesprungen, welche eigennützige Agrarpolitik betreibt Frankreich seit eh und je, wie drückt sich Italien um seine eingegangenen Verpflichtungen?

Uebernimmt der Bundesrat die Verantwortung für den irreparablen Schaden, der schon etlichen Industriezweigen (Möbel, Textil, Schuhe, Kugellager, etc.) aus dem Freihandelsabkommen erwachsen ist und für die daraus resultierenden Folgen von Betriebsschliessungen und Arbeitslosigkeit?

Das Freihandelsabkommen enthält eine Kündigungsklausel. Wie würde ein Privatunternehmen handeln, wenn ihm aus einem kündbaren Vertrag jährlich Milliardendefizite erwachsen? Es würde den Vertrag auf den nächstmöglichen Termin kündigen.

Wenn in der westeuropäischen Wirtschaft eine Wende zum Guten voraussehen wäre, könnte ich das Festhalten des Bundesrates am Freihandelsabkommen verstehen. Leider stehen wir erst im obersten Teil der abschüssigen Bahn und es ist höchste Zeit, von den rosigen Zukunftsprognosen Prof. Kneschaureks Abschied zu nehmen und auf den Boden der Realität zurückzukehren.

Darum mein Ersuchen an den Bundesrat, das Freihandelsabkommen mit Brüssel auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen.

Stellungnahme des Bundesrates

Die Forderung des Motionärs, das mit den Europäischen Gemeinschaften abgeschlossene Freihandelsabkommen zu kündigen, macht es notwendig, vorerst die wirtschaftlichen Existenzbedingungen unseres Landes und die sich daraus ergebenden Folgerungen für unsere Aussenwirtschaftspolitik in Erinnerung zu rufen, sodann die wesentlichsten Bestimmungs- und Entstehungsgründe des Freihandelsabkommens (FHA) nachzuzeichnen, sein Funktionieren unter den gegenwärtigen Bedingungen zu beleuchten und schliesslich die Konsequenzen einer Kündigung abzuwägen. Daraus werden sich auch Schlussfolgerungen für das Budget ergeben.

Unter den wirtschaftlichen Existenzbedingungen sind vorerst der niedere Selbstversorgungsgrad, der Mangel an Bodenschätzen und andern Rohstoffen, die ungünstige Verkehrslage und die beschränkte Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes zu nennen. Als einzigen naturgegebenen Vorteil können wir auf die Arbeitskraft unserer Bevölkerung zählen, auf ihren mit Anpassungsfähigkeit gepaarten Fleiss, auf ihre Aufnahmembereitschaft für überzeugende Lösungen. Diese Eigenschaften haben erst in neuester Zeit, aufgrund der Vorteile der Industrialisierung und der internationalen Arbeitsteilung, zu einem allgemeinen Wohlstand geführt. Solange sich die Arbeitskraft nicht in der Form eines wirtschaftlichen Gutes ausführen liess, musste sie selbst exportiert werden: ihr Träger, der Mensch, unsere Vorfahren, unterstanden während Jahrhunderten dem Zwang zur temporären oder dauernden Emigration. Wenn sich namentlich seit dem Zweiten Weltkrieg der Wohlstand der schweizerischen Bevölkerung mehr als verdoppeln konnte, so zum grossen Teil deshalb, weil der internationale Handel sich derart entwickelte, dass auch ein Kleinstaat des Vorteils der Serien- und Massenproduktion teilhaftig werden konnte. Erst diese ermöglicht die Schaffung einer Grosszahl produktiver und damit gutbezahlter Arbeitsplätze im Lande selbst, allerdings um den Preis der Spezialisierung und der verstärkten internationalen Verflechtung des Aussenhandels. Nur so konnte die Enge des schweizerischen Binnenmarktes überwunden, die Rohstoffarmut ausgeglichen und damit der Bevölkerung eine genügende Existenzgrundlage gesichert werden.

Was nun die EWG betrifft, so tritt diese den Drittländern wirtschaftlich als Zollunion entgegen: ihr auf einer Bevölkerung von 300 Millionen beruhender Markt, intern weitgehend auf binnenmarktähnlichen Vorstellungen organisiert, ist von einer einheitlichen Zollmauer umschlossen. Dieser Aussen Zoll, im Durchschnitt 8,6 % des Warenwertes (Schweiz: 3,6 %) bedeutet für den Anbieter aus einem Drittland einen in diesem Ausmass bestehenden Wettbewerbsnachteil im Vergleich zum EWG-Produzenten. Die dadurch entstehende Diskriminierung alarmierte nicht allein die Schweiz; nachdem sich (1958) die Bildung einer grossen, alle westeuropäischen Industrieländer umfassenden Freihandelszone zerschlagen hatte, schritt sie mit Dänemark, Grossbritannien, Norwegen, Oesterreich und Portugal (sowie mit dem später assoziierten Finnland) zur Bildung der EFTA, deren Zweck darin bestand, die von der EWG ausgehenden Zollnachteile teilweise auszugleichen

und die Grundlage für eine Ueberwindung der wirtschaftlichen Spaltung Westeuropas zu schaffen. Das der EWG innewohnende wirtschaftspolitische Gewicht lässt sich aber auch aus der Reaktion der Vereinigten Staaten ermassen, welche sich trotz ihrer geringen Aussenhandelsabhängigkeit (Exporte ca. 5 % des Bruttonationalproduktes, Schweiz ca. 33 %) mit diesem neuen Wirtschaftsblock in der Dillon- und Kennedy-Runde des GATT (1962-1967) zu wesentlichen gegenseitigen Zollzugeständnissen bereitfanden, um einen erleichterten Zugang zum Gemeinsamen Markt zu erhalten.

Die Schweiz exportierte 1958 in die "EWG der Sechs" ca. 40 % ihrer Gesamtausfuhren, davon allein 16 % in die Bundesrepublik. Obwohl die Zollsensungen im Rahmen der Dillon-Kennedy-Runde auch für die Eidgenossenschaft eine Erleichterung brachten, bestanden für ihre Ausfuhren nach ihren traditionellen Nachbarmärkten nach wie vor erschwerte Zutrittsbedingungen, die nur durch einen vollständigen Zollabbau überwunden werden konnten. Nachdem schon im Jahre 1961 die EFTA-Staaten Grossbritannien, Dänemark und Norwegen sowie Irland ihre Bereitschaft zum Beitritt in die EWG bekundet hatten und damit die heute bestehende wirtschaftspolitische Landkarte vorgezeichnet wurde, musste eine verantwortungsbewusste schweizerische Politik nach einer vertraglichen Regelung suchen, um der sich abzeichnenden Gefahr der Diskriminierung seitens der Europäischen Gemeinschaft zuvorzukommen, einer Zollunion, die unser Land geographisch fast völlig umschliesst und mit der wir drei Fünftel unseres Aussenhandels abwickeln.

Die Gemeinschaft bot 1972, nach einer ersten Phase innerer Konsolidierung, Hand zu einer Freihandelslösung mit jenen EFTA-Staaten, die nicht wie Grossbritannien um Aufnahme ersucht hatten. Damit wurde die von der Schweiz seit 1956 angestrebte grosse Freihandelszone, wenn auch in etwas anderer Form, verwirklicht. Das Freihandelsabkommen fügt sich nahtlos in unsere Aussenwirtschaftspolitik ein, die der Abhängigkeit unserer industriellen Produktion vom Absatz auf Auslandsmärkten Rechnung tragen muss. In den Ländern der Gemeinschaft setzt die Schweiz praktisch die Hälfte ihrer Exporte ab, Frucht jahrzehntelanger Anstrengungen zur Markterschliessung. Umgekehrt importieren wir aus der EWG ungefähr 70 % unserer Einfuhren, darunter einen Grossteil der lebenswichtigen Rohmaterialien und Urprodukte.

Wenn man im besonderen den Markt der Europäischen Gemeinschaft untersucht, so kann aus dem vom Motionär angeführten "Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft" folgendes zitiert werden: "Eine Wachstumsrate, höher als in den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien, aber niedriger als in Japan, im wesentlichen das Ergebnis von Produktivitätsfortschritten, die ihrerseits wiederum die Folge einer hohen Investitionsrate waren, das sind die ersten Ergebnisse, die sich aus der Untersuchung herleiten lassen". Das Bruttonationalprodukt (zu konstanten Preisen) stieg zwischen 1960 und 1973 um 90 % in der "EWG der Sechs" und um 78 % in der "EWG der Neun". Zwischen 1958 und 1973 (EWG der Sechs) ver-

sechsfachte sich der Aussenhandel und verzehnfachte sich der Handel unter den Mitgliedern. Doch ist die Europäische Gemeinschaft nicht bloss grösster internationaler Handelspartner und, hinter den USA, zweitgrösster Produzent, sondern ihre Leistungen erstrecken sich auch auf eindruckliche Harmonisierungen und Koordinierungen in den verschiedensten Rechtsgebieten, so namentlich des Dienstleistungs- und Niederlassungsrechts der Unternehmungen, des Sozialrechts, des Handels- und Gewerberechts und des Wettbewerbsrechts, um nur einige zu nennen. Auf der Grundlage des innergemeinschaftlichen Warenfreiverkehrs hat sie unübersehbare Ansätze zu einer gemeinschaftlichen Währungs- und Konjunkturpolitik entwickelt; ihre Agrarpolitik hat zu einem Selbstversorgungsgrad von nahezu 100 % geführt. An den Zielsetzungen des Römer Vertrages gemessen, kann die Gemeinschaft sehr beachtliche Erfolge aufweisen, und wenn der Weg zur Politischen Union auch noch weit scheint, so ist die Gemeinschaft doch das wesentlichste Element des innereuropäischen regionalen Ausgleichs, Element, das angesichts der Mahnmale innereuropäischer Kriege nicht unterschätzt werden soll.

Der durch das Freihandelsabkommen erreichten Gleichstellung mit unseren europäischen Mitkonkurrenten kommt vor allem in einer verschlechterten Konjunkturlage Bedeutung zu. Wohl wird auch unsere Industrie von einem allgemeinen Nachfragerückgang betroffen, doch wird sie durch die in solchen Zeiten äusserst bedeutsam werdenden Zölle nicht diskriminiert, und sie profitiert von den Anstrengungen, welche die Gemeinschaft zur Ankurbelung der Konjunktur unternimmt. Es sei an dieser Stelle weiterhin festgestellt, dass vom Freihandelsabkommen nicht in erster Linie die Grossunternehmen profitieren, weil diese vielfach im Gemeinsamen Markt über eine Tochtergesellschaft oder einen Lizenznehmer verfügen und dementsprechend an einer Niederlegung der Handelsschranken gar nicht in erster Linie interessiert sind. Das Abkommen erhöht vielmehr die Chancen unserer anpassungsfähigen Klein- und Mittelbetriebe, die den Direktexport nach EWG-Märkten betreiben. Nicht zu übersehen ist auch die Bedeutung des undiskriminierten Zugangs zu den grossen Märkten für den schweizerischen Arbeitnehmer: Hochwertige Güter kann er nur herstellen, wenn die ihre Fertigung voraussetzenden hohen Fixkosten für Ausbildung, Forschung und Ausrüstung auf grosse Stückzahlen umgelegt werden können. Grosse Stückzahlen können wiederum nur produziert werden, wenn der Zutritt zu den Absatzmärkten gesichert ist. Der hohe Ausbildungsstand des Schweizers ist also kausal an diese Bedingung geknüpft.

Daraus folgernd ist festzuhalten, dass die einer Kündigung automatisch folgende Wiederaufrichtung der hohen EWG-Zölle die schweizerischen Ausfuhren schwer gefährden würde. Nachdem jeder dritte Franken durch Exporte verdient wird, hätte dies schwerwiegende Rückwirkungen auf die Binnenwirtschaft und damit auf die Beschäftigungslage in einer Zeit des internationalen Konjunkturrückgangs, der Währungsunruhen sowie der Störungen in der Energie- und Rohstoffzufuhr. Auch wäre es völlig widersinnig, die - schon mit dem Handicap des hohen Frankenkurses belasteten - Zutrittsbedingungen zu ange-

stammten, benachbarten Märkten zu verschlechtern, während wir mit hohen Kosten neue, fernere Märkte zu erschliessen versuchen.

Die Hypothese des Motionärs, "das Freihandelsabkommen sei ein Verlustgeschäft", ist also vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt her völlig unhaltbar. Sie ist es aber auch unter rein handels- und finanzpolitischen Gesichtspunkten. Unsere Handelsbilanz mit der EWG ist zwar passiv, weshalb eine oberflächliche Beurteilung zur Folgerung führen könnte, die EWG hätte vom Zollabbau den grösseren Vorteil, weil ihr für ein grösseres Handelsvolumen die Zutrittsbedingungen erleichtert würden. Eine solche Folgerung ist indessen aus drei Gründen falsch:

- die EWG baut einen Zoll von mehr als doppelter Höhe des schweizerischen ab, was den beidseitigen Zollaussfall ausgleicht;
- ein wichtiger, aber nicht besonders entwicklungsfähiger Teil der EWG-Exporte deckt den Elementarbedarf der Schweiz an Urprodukten, Rohmaterialien und Energieträgern, die sie zwangsweise einführen muss und von denen zudem gewichtige Anteile, z.B. die Agrarprodukte, vom Zollabbau ausgenommen oder, z.B. Treib- und Brennstoffe sowie Kraftfahrzeuge, mit nicht abzubauenen Fiskalzöllen belastet sind. Umgekehrt exportiert die Schweiz in die EWG grösstenteils verarbeitete Produkte und hochveredelte Güter des Wahlbedarfs, in denen eine bedeutende binnenmarktwirksame Mehrwertschöpfung steckt;
- während die Schweiz einen spezifischen und damit inflationsempfindlichen Niedrigzoll um einen Markt von 6 Millionen Konsumenten abbaut, verpflichtet das Abkommen die EWG zum Abbau eines hohen, inflationsresistenten Wertzolles um einen Markt von 300 Millionen Konsumenten.

Zur Charakterisierung der Interessenlage sei noch beigefügt, dass unsere Ausfuhren weniger als 2 % der Gesamteinfuhren der EWG darstellen und unsere Einfuhren rund 3 % ihrer Gesamtexporte ausmachen. Wenn unter diesen handelspolitischen Voraussetzungen ein ausgewogenes Abkommen, das auf wichtigen Gebieten Konsultationsmechanismen enthält, geschlossen werden konnte, so ist dies nicht - wie der Motionär behauptet - "ein Vertrag ... aus dem jährlich Milliardendefizite erwachsen", sondern ein für das Gedeihen unserer Wirtschaft grundlegender Verhandlungserfolg. Die Frage der Grössenordnung hatte für die Gemeinschaft nur deshalb kein entscheidendes Gewicht, weil sie gleichzeitig Freihandelsabkommen mit allen nicht beitretenden EFTA-Staaten abschliessen konnte: ein weiterer Beweis für den Vorzug weiträumig konzipierter und gesamteuropäisch abgestimmter internationaler Vereinbarungen.

Im übrigen handelt es sich nicht um "jährliche Milliardenbeträge" sondern um insgesamt 1,1 Mrd. Franken pro Jahr, wobei sich diese Summe allerdings auf sämtliche Ausfälle bezieht, die in der Folge des internationalen Zollabbaus seit der Dillon-Kennedy-Runde, also ab 1962, entstanden sind. Die Zollverluste aufgrund des Freihandelsabkommens ergeben folgende Zahlen, die zur Uebersicht den in der Botschaft zum Freihandelsabkommen enthaltenen Ziffern gegenübergestellt sind (in Millionen Franken):

	<u>Schätzungen der Botschaft</u>	<u>tatsächliche Zahlen, bzw. heutige Schätzung für 1975</u>
<u>1973</u>	94	87
<u>1974</u>	276	250
<u>1975</u>	455	ca. 375

Der Zollausfall ist also niedriger als in der Botschaft zum von Volk und Ständen gebilligten Abkommen angenommen wurde. Des weitern beträgt er für das Jahr 1975 nur ein Drittel des gesamten, vom internationalen Zollabbau herrührenden Zollausfalls.

Der Motionär geht von der Annahme aus, der Staatskasse würden nach einer Kündigung des Abkommens in entsprechendem Ausmasse (Zollbelastung x Importvolumen) neue Mittel zufließen. Diese Hoffnung dürfte sich kaum erfüllen, da nicht übersehen werden darf, dass parallel zum Aufbau unserer eigenen Zölle auch die Hochzölle der Gemeinschaft wieder aufgerichtet und damit die Zutrittsbedingungen der Schweiz zu ihrem wichtigsten Markt entscheidend verschlechtert würden. Die in unserem Lande produzierten Güter gerieten damit gegenüber den EWG-Produkten in einen Wettbewerbsnachteil, woraus erhebliche Preis- und Mengenverluste für unsere Exporte resultierten. Der bei unserer Exportabhängigkeit zwangsläufig im Inland induzierte Rückgang von Beschäftigung, Einkommen und Unternehmensgewinnen hätte zwei Folgen: unmittelbar einen unverhältnismässigen Substanzverlust hauptsächlich auf dem Gebiet der direkten, aber auch der indirekten Steuern mit entsprechenden Mindererträgen auf Bundes-, Kantonal- und Gemeindeebene, und mittelbar einen der gesunkenen Wirtschaftsaktivität proportionalen Rückgang der Importe mit gleichgerichtetem Minderertrag der wiederaufgerichteten Zölle.

Ganz allgemein muss festgestellt werden, dass die gesamtwirtschaftlichen Vorteile des ungehinderten internationalen Handels weit grösser sind als die Verluste an Zolleinnahmen. Denn der Zoll ist eine Warenverkehrsabgabe, die ebenso wie die Warenumsatzsteuer in die Preiskalkulation eingeht und vom Endverbraucher, dem Konsumenten, bezahlt wird. Wird der Zoll abgebaut, so verschwindet dieses Kostenelement aus der Preiskalkulation. Mit dem Zollabbau wird also nicht dem Ausland ein Geschenk gemacht, sondern unsere Importe werden weniger belastet. In dem Ausmasse, als der Wegfall des handelshemmenden Zolls den Wettbewerb verstärkt und folglich zu einer besseren Ausnutzung der Produktionsfaktoren führt, ist er zum Vorteil des Konsumenten. Dieser Vorteil besteht auch nach einer allfälligen Erhöhung der - im Gegensatz zum Zoll nicht-diskriminatorischen - Verbrauchssteuer.

Die Steuerminderung ist denn auch bloss eine Nebenerscheinung des Zollabbaus, der sich bezeichnenderweise nicht auf die Fiskalzölle erstreckt, welche - obwohl sie rund zwei Drittel des Zollertrages einbringen - die beschriebene volkswirtschaftlich unerwünschte Produktivitätsbeschränkung nicht oder nur in zu vernachlässigendem Ausmasse erzeugen. In der Botschaft zum Freihandelsabkommen wurde (S. 727) ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die aus dem Zollabbau herrührenden Mindereinnahmen in geeigneter Weise kompensiert werden müssen. Dies kann durch entsprechende Erhöhung der Warenumsatzsteuer oder die Einführung der Mehrwertsteuer geschehen. Diesen Verbrauchssteuern haften die marktverengenden Nachteile des Zolles nicht an, weshalb ihr auch keine internationalen Abmachungen entgegenstehen.

Zusammenfassend sei festgehalten: das Freihandelsabkommen, das den schweizerischen Industrieprodukten den undiskriminierten Zugang zum Markt des wichtigsten Aussenhandelspartners sichert, liegt im uneingeschränkten volkswirtschaftlichen Interesse der Eidgenossenschaft. Dem daraus resultierenden Zollausfall kann nicht ausgewichen werden, doch ist er nicht nur geringer als zur Zeit der Abstimmung geschätzt, sondern bildete auch ein Entscheidungselement, das den dem Abkommen überwiegend zustimmenden Gewalten, dem Volk, den Ständen und dem Parlament, bekannt war.

Erklärung des Bundesrates

Der Bundesrat empfiehlt, die Motion abzulehnen.

CONSEIL NATIONAL

75326 Motion Schwarzenbach du 3 mars 1975

Traité de libre-échange. Dénonciation

Le Conseil fédéral est invité, en se fondant sur l'article 34 de l'Accord du 22 juillet 1972 entre la Confédération suisse et les communautés européennes, à dénoncer cet accord en observant le délai de dénonciation de douze mois.

Cosignataires: Graf, König-Bern, Fischer-Bremgarten

Développement

Le message du Conseil fédéral à l'appui de mesures propres à améliorer les finances de la Confédération indique à la page 2, chapitre premier, comme facteur essentiel de la détérioration des finances de la Confédération:

"1. La régression des rentrées douanières due au fait qu'en vertu des accords de libre-échange, les droits grevant les produits industriels vont être quasiment supprimés en Europe d'ici au 1er juillet 1977 et qu'au surplus, en raison de notre système de tarification au poids spécifique, les recettes n'augmentent pas selon le renchérissement."

A la page 3, en bas:

"On assiste en outre à une modification profonde de la structure des recettes de la Confédération; les droits de douane, qui étaient autrefois l'une des principales ressources fiscales et dont le produit augmentait chaque année en même temps que le volume de notre commerce extérieur, ne cessent de perdre de leur importance."

A la page 4:

"Les moins-values douanières qui, pour de multiples raisons, sont difficiles à déterminer avec précision, atteindront vraisemblablement le milliard en 1975."

A la page 19, chapitre 42, introduction:

"Eu égard, en particulier, aux pertes que subira le produit des droits de douane - pertes pouvant être de 1,1 milliard de francs pour 1975 - il paraît indispensable d'augmenter en premier lieu l'impôt sur le chiffre d'affaires."

- 2 -

En accord sur ce point avec les déclarations verbales du Conseiller fédéral Chevallaz, le message du Conseil fédéral signale que les moins-values douanières sont responsables dans une large mesure du trou qui apparaît dans le budget de la Confédération. On peut même dire qu'elles le sont beaucoup plus qu'on ne l'avait pronostiqué en 1972, dans l'euphorie d'une croissance économique constante. Les prévisions optimistes de nos prophètes en matière conjoncturelle, qui sont si avares de paroles à l'heure actuelle, ne se sont pas réalisées. Depuis la crise du pétrole, encore aggravée par les difficultés monétaires, on constate que les importantes moins-values douanières ne sont même plus compensées en partie par les facilités dont nos exportations devaient bénéficier. Le Conseiller national Chevallaz écrivait le 6 août 1972 dans "24 Heures" en tant que correspondant régulier: "Les conditions du libre-échange industriel seront favorables à l'ensemble de notre économie."

En juillet 1972, un groupe de travail de quatre personnes a publié, pour le compte de la Commission de la CEE, une expertise de 1000 pages sur la "capacité concurrentielle de la Communauté européenne". Le président de ladite commission était Pierre Uri. En faisaient également partie: Franco Bobba (ancien directeur de la Direction générale des affaires économiques et financières de la Commission de la CEE), J.W. de Pous (président du Conseil économique et social des Pays-Bas) et Wolfram Lange (président de la Banque hypothécaire allemande et ancien secrétaire d'Etat du Ministère fédéral de l'économie). A quelle conclusion ces experts sont-ils arrivés?

"La Communauté économique européenne est un "hobby" coûteux, qui est financé par les consommateurs habitant entre Kiel et Cagliari, sans qu'ils en retirent un avantage appréciable."

Quel profit l'accord de libre-échange a-t-il apporté jusqu'ici aux consommateurs suisses? Les biens de consommation importés sont-ils devenus meilleur marché par suite de la réduction des droits de douane? L'indice n'a cessé de s'élever. Enjolivant les choses, le Conseil fédéral a déclaré: "Nos pronostics étaient justes. Nous ne pouvions pas prévoir la crise du pétrole. Sans accord de libre-échange, l'indice des prix serait encore plus élevé à l'heure actuelle."

Il s'agit là d'une querelle futile. Nul ne saurait contester que, dorénavant, c'est surtout le consommateur qui supportera les conséquences des moins-values douanières. Il faut que celles-ci soient compensées par une majoration de l'impôt sur le chiffre d'affaires et par l'introduction d'une taxe sur la valeur ajoutée. La charge que l'accord de libre-échange fait peser sur le citoyen est d'autant plus lourde que toute l'économie européenne stagne ou marque un recul, et que la surévaluation permanente du franc suisse rend nos exportations plus difficiles.

Le Comité d'action pour l'accord de libre-échange Suisse-CEE", encouragé à l'époque par le Conseil fédéral, a publié en automne 1972

- 3 -

un texte publicitaire, où l'on trouve un chapitre intitulé "Clause de dénonciation, mais seulement en cas de nécessité". Cela correspondait à l'opinion du Conseil fédéral, qui considérait l'accord comme théoriquement dénonçable, mais en fait irréversible.

En ce qui concerne la possibilité de dénoncer néanmoins l'accord, les partisans au libre-échange ont écrit ce qui suit:

"L'accord de libre-échange contient, comme celui qui a été conclu avec l'AELE, une clause de dénonciation. Cependant, celle-ci ne peut pratiquement être appliquée que dans les cas graves (guerre ou crise). En pareilles circonstances, chaque partenaire peut alors dénoncer l'accord moyennant un préavis de douze mois.

"Il ne faut pas se faire d'illusions sur l'importance de cette disposition: celle-ci n'est effectivement applicable qu'en période de crise. En fait, l'établissement d'un régime de libre-échange entre la Suisse et la CEE a créé des liens durables, qui ne peuvent être rompus que lorsque les temps sont difficiles."

Si, actuellement, il n'y a aucune raison de parler de crise et de détresse en Suisse, il est cependant probable que notre situation économique s'aggravera au cours du délai de 12 mois prévu pour la dénonciation de l'accord. Il en va de même des Etats membres de la CEE, non seulement sur le plan économique, mais aussi sur le plan politique. L'avenir de la CEE est sérieusement remis en question. La Grande-Bretagne est à la veille de décider de sa participation future et va organiser, pour la première fois dans son histoire, un référendum sur ce problème capital: rester dans la CEE ou en sortir. Quel lamentable spectacle les partenaires de Bruxelles ont donné lorsque a éclaté la crise du pétrole, quel comportement cavalier on a eu à l'égard des Pays-Bas, qui étaient favorables à Israël, quelle politique agricole égoïste mène la France depuis toujours, à quel point l'Italie fait fi des engagements qu'elle a pris!

Le Conseil fédéral prend-il la responsabilité des dommages irréparables que l'accord de libre-échange a déjà causés à bien des branches de l'industrie (meubles, textiles, chaussures, roulements à billes, etc.) et des conséquences qu'auront les fermetures d'entreprises et le chômage?

L'accord de libre-échange contient une clause de dénonciation. Comment une entreprise privée agirait-elle si l'exécution d'un contrat dénonçable entraînait pour elle un déficit annuel se chiffrant par milliards? Elle dénoncerait ce contrat dans le plus bref délai possible.

Si l'on prévoyait une amélioration de la situation économique en Europe occidentale, je comprendrais que le Conseil fédéral maintienne l'accord de libre-échange. Malheureusement, nous n'en sommes qu'à la première phase du déclin et il est grand temps d'abandonner les prévisions optimistes du professeur Kneschaurek pour revenir sur le terrain de la réalité.

Voilà pourquoi je prie le Conseil fédéral de dénoncer dans le plus bref délai possible l'accord de libre-échange conclu à Bruxelles.

Réponse du Conseil fédéral

Pour répondre au motionnaire et à sa demande de dénonciation de l'accord de libre-échange conclu avec les Communautés européennes, il convient tout d'abord de rappeler les conditions d'existence économiques de notre pays et les conséquences qu'en découlent pour notre politique économique extérieure, puis de revenir sur les raisons d'être de l'accord de libre-échange, de mettre en lumière son fonctionnement dans les circonstances actuelles et enfin d'évaluer les répercussions de son éventuelle dénonciation. Nous examinerons ensuite les conséquences qu'elle aurait pour le budget de la Confédération.

Parmi les conditions d'existence économiques de notre pays, il faut citer en premier lieu son faible degré d'autoravitaillement, sa pauvreté en ressources minières et autres matières premières, sa situation défavorable sur le plan des communications et la capacité d'absorption réduite de son marché intérieur. Les seuls avantages naturels sur lesquels nous pouvons compter sont la force de travail de notre population, son caractère laborieux et sa capacité d'adaptation, sa réceptivité à l'égard des solutions convaincantes. Ces qualités ne nous ont apporté que récemment, grâce à l'industrialisation et à la division internationale du travail, une prospérité générale. Aussi longtemps que la force de travail n'était pas exportable sous forme de bien économique, il a fallu l'exporter elle-même: ses détenteurs, les hommes, nos ancêtres, ont vécu des siècles durant sous la contrainte de l'émigration temporaire ou durable. En effet, si le niveau de vie de la population suisse a plus que doublé depuis la seconde guerre mondiale, c'est en grande partie parce que le commerce international s'est développé de telle sorte que même un petit pays comme le nôtre a pu profiter des avantages de la production de masse et en série. Cela seulement a rendu possible la création dans le pays même d'un grand nombre d'emplois productifs et par conséquent bien payés, mais au prix d'une spécialisation et d'une imbrication plus poussée dans le commerce international. C'était le seul moyen de surmonter l'exiguïté du marché suisse, de compenser la pauvreté du pays en matières premières et d'assurer à sa population une base d'existence suffisante.

En ce qui concerne la CEE, elle forme, sur le plan économique, une union douanière face aux pays tiers: son marché, qui correspond à une population de 300 millions d'habitants, et dont l'organisation s'inspire largement de celle d'un marché national unique, est entouré d'une barrière douanière homogène. Ce tarif douanier extérieur, qui s'élève en moyenne à 8,6 % de la valeur du produit considéré (Suisse: 3,6 %), mesure le handicap concurrentiel imposé aux producteurs des pays tiers par rapport à ceux de la CEE. La discrimi-

- 5 -

nation qui en résulte n'a pas seulement alarmé la Suisse; après l'échec (1958) de la tentative visant à constituer une grande zone de libre-échange réunissant tous les pays industrialisés d'Europe occidentale, elle décida d'un commun accord avec l'Autriche, le Danemark, la Grande-Bretagne, la Norvège et le Portugal, de fonder l'AELE (à laquelle s'associa plus tard la Finlande) dans le but de corriger partiellement les désavantages tarifaires causés par la CEE et de créer les bases permettant de surmonter ultérieurement la division économique de l'Europe occidentale. Le poids économique de la CEE apparaît aussi dans la réaction des Etats-Unis, qui, bien que peu dépendants de leur commerce extérieur (exportations équivalentes à env. 5 % du produit national brut, suisse env. 33 %), négocièrent avec ce nouveau bloc économique, dans le cadre du Dillon-Round et du Kennedy-Round du GATT (1962-67), d'importantes concessions tarifaires mutuelles afin de se ménager un accès plus aisé au Marché commun.

La Suisse a écoulé en 1958 environ 40 % de ses exportations totales dans la "CEE des Six", dont 16 % en Allemagne fédérale. Bien que les réductions tarifaires opérées dans le cadre du Dillon-Round et du Kennedy-Round aient aussi apporté des avantages à la Confédération, ses exportations vers les pays voisins, ses clients traditionnels, continuaient à rencontrer des conditions d'entrée défavorables, que seule la suppression complète des droits de douane pouvait permettre de surmonter. Après que, dès 1961, trois pays membres de l'AELE, la Grande-Bretagne, le Danemark, la Norvège ainsi que l'Irlande, eurent manifesté le désir d'adhérer à la CEE, dessinant déjà les contours de l'Europe économique actuelle, une politique suisse responsable exigeait la recherche d'un règlement contractuel écartant le danger d'une discrimination de la part d'une Communauté européenne qui encercle presque complètement notre pays et avec laquelle ont lieu les trois cinquièmes de nos échanges commerciaux.

En 1972, au terme d'une première phase de consolidation interne, la Communauté donna son adhésion à une solution de libre-échange avec ceux des membres de l'AELE qui n'étaient pas comme la Grande-Bretagne candidats à l'adhésion. Ainsi se réalisait, bien que sous une forme différente, la grande zone de libre-échange à la formation de laquelle la Suisse aspirait depuis 1956. L'accord de libre-échange s'inscrit dans le droit fil de notre politique économique extérieure, laquelle doit compter avec la dépendance de notre production industrielle à l'égard des débouchés étrangers. La Suisse écoule pratiquement la moitié de ses exportations dans les pays de la Communauté; c'est le résultat de plusieurs dizaines d'années de travail sur ces marchés. Inversement, la CEE fournit environ 70 % de nos importations, dont une grande partie des matières premières et produits de base dont nous avons un besoin vital.

Si l'on analyse plus particulièrement le marché de la Communauté européenne, on peut extraire le passage suivant du "Rapport sur la capacité concurrentielle de la Communauté européenne" cité par le

motionnaire: "Un taux de croissance supérieur à celui des Etats-Unis et de la Grande-Bretagne, mais inférieur à celui du Japon, obtenu essentiellement par un progrès de productivité dû lui-même à un taux élevé d'investissement, un accroissement remarquable de la part prise dans les exportations mondiales tels sont les premiers repérages que permet une analyse". Le produit national brut (à prix constants) a augmenté entre 1960 et 1973 de 90 % dans la "CEE des Six" et de 78 % dans la "CEE des Neuf". Entre 1958 et 1973 (CEE des Six), les échanges avec l'extérieur se sont multipliés par six et le commerce entre les Etats membres par dix. Mais la CEE n'est pas seulement la première puissance commerciale du monde, et le second producteur après les Etats-Unis, elle a aussi poussé fort loin l'harmonisation et la coordination du droit dans les domaines les plus variés, tels que notamment les prestations de service, le droit d'établissement des entreprises, le droit social, le droit du commerce et de l'industrie et le droit de concurrence, pour ne citer que quelques exemples. Sur la base de la libre circulation des marchandises à l'intérieur de la Communauté, elle a développé l'amorce tangible d'une politique monétaire et conjoncturelle commune; sa politique agricole lui permet de pourvoir presque entièrement elle-même à son propre approvisionnement. Compte tenu des objectifs du Traité de Rome, la Communauté a obtenu des succès appréciables, et même si le chemin de l'unité politique paraît encore long, elle constitue l'élément principal de l'équilibre interne de l'Europe, un élément que les guerres européennes du passé interdisent de sous-estimer.

L'alignement sur nos concurrents européens qu'a apporté l'accord de libre-échange prend toute sa signification dans la situation conjoncturelle détériorée que nous connaissons actuellement. Certes, notre industrie n'échappe pas à la diminution générale de la demande, mais elle évite la discrimination de droits de douane qui acquièrent une importance extrême en pareilles circonstances, et elle profite des efforts entrepris dans la Communauté pour relancer l'activité économique. Relevons ici que ce ne sont pas les grandes entreprises qui tirent le plus grand profit de l'accord de libre-échange, car nombre d'entre elles disposent dans le Marché commun de filiales ou d'exploitations travaillant sous licence et ne sont pas, de ce fait, intéressées au premier chef par la suppression des barrières commerciales. L'accord augmente bien davantage les chances de nos petites et moyennes entreprises, disposant de grandes facultés d'adaptation, et exportant directement dans les pays de la CEE. Il ne faut pas méconnaître non plus l'importance d'un accès sans discrimination au grand marché de la CEE pour le travailleur suisse: il ne peut produire des biens de haute valeur que si les frais fixes élevés engagés pour la formation, la recherche et l'équipement peuvent être répartis sur un grand nombre de pièces. Or, la production en grande série n'est elle-même possible que si le libre accès aux marchés d'exportation est assuré. Le haut niveau de formation du travailleur suisse est donc lié à cette condition.

En conséquence, le rétablissement des droits de douane élevés de la

CEE, qui suivrait automatiquement une dénonciation de l'accord, ferait peser une lourde menace sur les exportations suisses. Etant donné qu'un franc sur trois gagnés en Suisse provient de l'exportation, cela aurait de graves répercussions pour notre économie et par conséquent sur le niveau de l'emploi, à une époque de fléchissement international de la conjoncture, d'instabilité monétaire et de perturbation des approvisionnements en énergie et en matières premières. De même, il serait parfaitement insensé d'aggraver les conditions d'accès de nos exportateurs - déjà handicapés par le cours élevé du franc suisse - aux marchés traditionnels de nos voisins et de chercher à ouvrir à grands frais de nouveaux débouchés bien éloignés.

La thèse du motionnaire selon laquelle l'accord de libre-échange serait une affaire déficitaire est donc parfaitement insoutenable d'un point de vue économique global. Mais elle l'est aussi sous l'angle purement commercial et financier. Certes, notre balance commerciale avec la CEE est déficitaire, si bien qu'une appréciation superficielle des choses pourrait laisser croire que la CEE retire un plus grand avantage du démantèlement tarifaire, étant donné que l'amélioration des conditions d'accès porte chez elle sur un volume commercial plus important. Mais une telle déduction est erronée, et cela pour trois raisons:

- la CEE supprime des droits de douane d'un niveau plus de deux fois supérieur à celui des droits suisses, ce qui équilibre les pertes de recettes douanières subies de part et d'autre;
- une partie importante, mais pas particulièrement susceptible de se développer, des exportations de la CEE couvre les besoins élémentaires de la Suisse en produits de base, matières premières et produits énergétiques, qu'elle est obligée d'importer et dont une part appréciable est exclue du démantèlement tarifaire comme les produits agricoles ou sujets à des droits fiscaux non réductibles comme les carburants, les combustibles et les véhicules automobiles. Inversément, les exportations suisses vers la CEE comprennent surtout des produits transformés et des biens hautement perfectionnés répondant à des besoins facultatifs, et recelant une création de plus-value importante pour l'économie intérieure;
- tandis que la Suisse supprime des droits peu élevés spécifiques et donc sensibles à l'inflation, portant sur un marché de 6 millions de consommateurs, l'accord oblige la CEE à abolir des droits ad valorem élevés, résistant à l'inflation, sortant sur un marché de 300 millions de consommateurs.

Ajoutons, pour donner la mesure des intérêts en présence, que nos exportations représentent moins de 2 % des importations globales de la CEE et nos importations environ 3 % de ses exportations glo-

bales. Si, dans de telles conditions commerciales, un accord équilibré, pourvu de mécanismes de consultation dans des domaines importants, a pu être négocié, il ne s'agit pas, comme l'affirme le motionnaire, d'un "contrat entraînant un déficit annuel se chiffrant par milliards", mais d'un succès fondamental pour la prospérité de notre économie. C'est uniquement parce que la Communauté a pu conclure simultanément des accords de libre-échange avec tous les pays membres de l'AELE non candidats à l'adhésion que la différence de dimension des deux marchés n'a pas joué pour elle un rôle déterminant: cela montre une nouvelle fois la supériorité des arrangements internationaux conçus sur une vaste échelle et concertés sur le plan européen.

Au reste, il ne s'agit pas de "déficits annuels se chiffrant par milliards", mais en tout de 1,1 milliard de francs par an, cette somme se rapportant à l'ensemble des manques à gagner résultant du démantèlement des barrières douanières intervenu depuis les négociations Dillon-Kennedy, soit depuis 1962. Les pertes subies sur les recettes douanières à la suite de l'accord de libre-échange se traduisent par les chiffres reproduits ci-dessous, qui sont mis en regard des estimations contenues dans notre message concernant l'accord de libre-échange (en millions de francs):

	<u>Estimations du message</u>	<u>Chiffres effectifs, pour 1975 estimation actuelle</u>
<u>1973</u>	94	87
<u>1974</u>	276	250
<u>1975</u>	455	env. 375

La diminution des recettes douanières est donc inférieure aux prévisions faites dans le message à l'appui de l'accord approuvé par le peuple et les cantons. En outre, elle représente, pour 1975, qu'un tiers de l'ensemble des moins-values douanières résultant du démantèlement tarifaire international.

Le motionnaire part de l'hypothèse qu'une dénonciation de l'accord ferait affluer dans la caisse fédérale de nouvelles ressources d'un montant équivalent (droits de douane x volume des importations). Cet espoir n'est guère fondé, car il ne faut pas se dissimuler que, parallèlement au rétablissement de nos propres droits, ceux de la Communauté seraient également rétablis, ce qui aggraverait de manière décisive les conditions d'accès de la Suisse à son principal débouché. Les produits de notre pays se verraient ainsi imposer un handicap concurrentiel par rapport à ceux de la CEE, ce qui engendrerait des pertes sur le prix et le volume de nos exportations. La baisse de l'emploi, des revenus et des bénéfices des entreprises qui en découlerait nécessairement pour notre pays, en raison de sa dépendance à l'égard de ses exportations, aurait deux conséquences: dans l'immédiat, une perte de substance disproportionnée, principalement dans le domaine des impôts directs, mais aussi indirects, et une diminution correspondante des recettes au niveau fédéral, cantonal et communal; à plus longue échéance, une diminution des importations proportionnelles à la baisse de l'activité économique et une chute de rendement équivalente pour les droits de douane rétablis.

De manière très générale, il faut souligner que les avantages résultant pour l'ensemble de l'économie d'échanges internationaux libres d'entraves sont beaucoup plus grands que la diminution des rentrées douanières. Car le droit de douane est une taxe sur la circulation des marchandises qui, tout comme l'impôt sur le chiffre d'affaires, entre dans le calcul des prix et va à la charge du consommateur. Supprimer les droits de douane, ce n'est donc pas faire un cadeau à l'étranger, mais dégrever nos importations. Dans la mesure où l'abandon de cette entrave au commerce que constitue le droit de douane renforce la concurrence et entraîne par conséquent une meilleure utilisation des facteurs de production, il profite au consommateur. Cet avantage subsiste même après une augmentation éventuelle des impôts de consommation - qui, contrairement aux droits de douane, ne sont pas discriminatoires.

La diminution des recettes douanières n'est d'ailleurs qu'une conséquence secondaire du démantèlement tarifaire, lequel, fait significatif, ne s'étend pas aux droits fiscaux, qui - quoique rapportant environ les deux tiers du produit des droits de douane - ne restreignent pas, ou seulement dans une mesure négligeable, la productivité de l'économie nationale. Dans le message concernant l'accord de libre-échange, nous avons expressément indiqué (p. 727) que la diminution des recettes douanières découlant du démantèlement tarifaire devrait être compensée de manière appropriée. Ceci peut être fait par l'augmentation de l'impôt sur le chiffre d'affaires ou par l'institution de la taxe à la valeur ajoutée. Ces impôts de consommation n'ont pas, comme les droits de douane, l'inconvénient d'imposer des limites aux marchés, raison pour laquelle aucun arrangement international n'y fait obstacle.

En résumé, l'accord de libre-échange qui assure aux produits de l'industrie suisse un accès sans discrimination au marché de notre principal partenaire commercial, répond à l'intérêts économique le plus large de la Confédération. Il en résulte inévitablement une perte de recettes douanières; cependant cette perte n'est pas seulement inférieure aux prévisions faites à l'époque de la votation, c'était aussi un élément connu du peuple, des cantons et du parlement, qui ont approuvé l'accord à de larges majorités.

Réponse du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral recommande le rejet de la motion.